



karl heinz roth
griechenland
am abgrund
die deutsche
reparationsschuld

VSA

eine flugschrift

karl heinz roth
griechenland am abgrund
die deutsche reparationsschuld
eine flugschrift

Karl Heinz Roth ist Historiker, Mediziner und Vorstandsmitglied der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Bremen. Von ihm erschienen im VSA: Verlag u.a. der gemeinsam mit Angelika Ebbinghaus herausgegebene Band »Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen. Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938-1945« (2004), die umfangreiche Studie »Die globale Krise« (2009) sowie die Flugschrift »griechenland – was tun?« (2012).

karl heinz roth

**griechenland am abgrund
die deutsche reparationsschuld**

eine flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Lektorat: Angelika Ebbinghaus
(Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts)

Das Manuskript wurde am 20. März 2015 abgeschlossen.

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten | Titelfoto: kallejipp/photocase.com
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Druckpartner, Bad Langensalza
ISBN 978-3-89965-664-0

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Griechenlands Neustart – ein Vorschlag

Griechenland am Abgrund	13
Die Ursachen des Niedergangs	15
Die neue griechische Regierung – ihr Programm, ihr bisheriges Vorgehen und das deutsch-europäische Veto	20
Umrisse einer Schuldenregelung und eines Wiederaufbauprogramms	34
Deutsche Reparationsleistungen für das griechische Sofort- und Wiederaufbauprogramm	37
Die Ausweitung des Programms auf weitere Länder mit Reparationsansprüchen	44
Das griechische Reparations- und Wiederaufbau- programm in einer gesamteuropäischen Perspektive	49

Nicht nur ein paar niedergebrannte Ortschaften Die Hypotheken der deutschen Besatzungsherrschaft

Die Zerstörung der griechischen Volkswirtschaft 1941-44	59
Bilanz der Zerstörungen	68
Die Reparationsfrage	74
Die deutschen Reparationsleistungen gegenüber Griechenland – eine noch weitgehend offene Rechnung	82
Wer soll das bezahlen?	85
Zusammenfassung	89

Vorwort

Zweimal stand Griechenland in seiner jüngsten Geschichte am Abgrund: im Zweiten Weltkrieg und in der frühen Nachkriegszeit sowie seit der Weltwirtschaftskrise von 2008/09 und den bis heute andauernden Depressionsjahren. In beiden Fällen waren die Deutschen als zentrale Akteure beteiligt. Im April 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht das Land und errichtete eine brutale Besatzungsherrschaft, während der Massaker an der Zivilbevölkerung verübt, die Wirtschaft ausgeraubt, die Lunte zu einem bis 1949 andauernden furchtbaren Bürgerkrieg gelegt und beim Rückzug im Herbst 1944 drei Viertel der Handelsflotte sowie 80% der Transportinfrastruktur zerstört wurden. Dagegen war die durch die aktuelle Weltwirtschaftskrise ausgelöste Katastrophe zunächst hausgemacht. Das änderte sich jedoch seit der Implementierung des Austeritätsprogramms der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) im Mai 2010. Nun begann eine neue Phase des von außen gesteuerten sozialen und wirtschaftlichen Niedergangs. Die Troika wird von der deutschen Hegemonialmacht dominiert und hat letztlich nur eine einzige Aufgabe: die breite Masse der griechischen Bevölkerung über den Staatshaushalt zur Bedienung der Darlehen der internationalen Gläubiger heranzuziehen. Da diesem durch nichts zu rechtfertigenden Ressourcenentzug keinerlei wirtschaftliche Stimulierungsprogramme gegenüberstehen, wurde die Krise zu einer Wirtschaftsdepression vertieft, die bis heute anhält.

Griechenland befindet sich inzwischen am Rand einer humanitären Katastrophe. Der Zusammenbruch der Banken und ein Staatsbankrott scheinen unmittelbar bevor-

zustehen, weil die von den Deutschen dominierten Gläubiger der Ende Januar 2015 neu gewählten Regierung den Geldhahn zugekehrt haben. Die deutschen Eliten sind erneut dabei, die griechische Gesellschaft – diesmal mit Unterstützung ihrer europäischen Partner – auf den Abgrund zuzutreiben.

Diese Erpressungspolitik wird von den deutschen Medien fast uneingeschränkt mitgetragen und in der breiten Masse der Bevölkerung mit Hilfe sozialrassistischer Stereotype populär gemacht. Helfen da noch kritische Gegeninformation und Aufklärung? Die Lage scheint fast hoffnungslos zu sein. Aber inzwischen gibt es – wenn auch noch vereinzelt – so etwas wie ein erschrockenes Innehalten und erstes Nachdenken.

In der vorliegenden Studie analysiere ich in einem ersten Schwerpunkt den hoffnungsfrohen Aufbruch der neuen Regierung und ihr Scheitern am deutsch-europäischen Veto, das schon nach vier Wochen besiegelt war. Darauf folgen Vorschläge zu einer moralisch-politisch begründeten Alternative: Deutschland soll endlich seine Reparationsschulden begleichen und für den Wiederaufbau Griechenlands zur Verfügung stellen. Abschließend stelle ich einige Überlegungen vor, wie dieses Vorgehen auf andere betroffene Länder übertragen, zur Überwindung der von den deutschen Merkantilisten beherrschten Austeritätspolitik genutzt und in einen europäischen Demokratisierungsprozess integriert werden könnte. Im zweiten Schwerpunkt rekonstruiere ich sodann die Hypothesen der deutschen Besatzungsherrschaft aus dem Zweiten Weltkrieg – einschließlich der skandalösen Praktiken der westdeutschen Nachkriegseliten zur Vermeidung von Reparationszahlungen.

Die rasche Erstellung dieser Studie war nur mit Hilfe der Forschungsressourcen der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts möglich. Ich danke Hartmut Rübner für

die Beschaffung des noch fehlenden Archivmaterials. Bei Rolf Becker, Angelika Ebbinghaus, Hagen Fleischer, Sebastian Gerhardt, Zisis Papadimitriou und Winfried Wolf möchte ich mich für ihre hilfreichen Anregungen und kritischen Stellungnahmen bedanken – die Verantwortung für die politischen Vorschläge liegt jedoch selbstverständlich bei mir. Ich danke aber auch Gerd Siebecke und dem Team des VSA: Verlags: Sie haben keine Mühe gescheut, um diese Flugschrift so rasch wie möglich herauszubringen.

Bremen, im März 2015

Zusammenfassung

Am 25. Januar 2015 hat die griechische Bevölkerung die Koalition der Linken (Syriza) in die Regierung gewählt und sich damit klar gegen die Austeritätsprogramme der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und dem Internationalen Währungsfonds ausgesprochen. Das neue Kabinett hat unverzüglich begonnen, dieses Mandat umzusetzen. Es hat ein Sofortprogramm zur Überwindung der humanitären Katastrophe verabschiedet, ein Maßnahmenpaket zur Zurücknahme der härtesten Auswirkungen des Sozialabbaus gebündelt und ein Jobgarantie-Programm angekündigt. Dieses Programm soll durch die Bekämpfung der Korruption und des Klientelismus, durch eine großzügige Reduzierung der Schuldenlast und durch die Begleichung der immer noch offenen deutschen Reparationsschulden finanziert werden. Leider blieb eine weitere mögliche Refinanzierungsquelle unerwähnt: die Senkung der Militärausgaben. Wenn sich die neue griechische Regierung um eine Verständigung mit der wegen des Zypern-Konflikts verfeindeten Türkei bemühen würde, dann könnte sie den vergleichsweise hohen Militär- und Rüstungsetat erheblich einschränken.

Die Entscheidungszentren der europäischen Gläubiger – insbesondere die Finanzminister der Eurogruppe und der Rat der Staats- und Regierungschefs – haben diese sozial- und wirtschaftspolitische Kehrtwende kompromisslos abgelehnt. Gleichzeitig drehten die EZB und die Eurogruppe der griechischen Regierung den Geldhahn zu und gestatteten den griechischen Geschäftsbanken nur noch den Zugriff auf Notfallkredite zur Behebung von Liquiditätsengpässen. Darüber hinaus zwangen sie die griechische

Regierung, uneingeschränkt für die Weiterbedienung des Schuldendienstes geradezustehen, die von der Troika diktierten fiskal- und finanzpolitischen Eingriffe fortzusetzen und alles zu unterlassen, was diese Prioritätssetzung infrage stellen könnte. Unter diesen Bedingungen erklärten sie sich dann bereit, das laufende Darlehensabkommen über vier Monate bis Ende Juni zu verlängern.

Infolgedessen hat sich die Situation keineswegs beruhigt. Sie wird sich vielmehr weiter zuspitzen und das Syriza-Programm zum Scheitern bringen, wenn die europäische Linke nicht über ohnmächtige Solidaritätsgesten hinauskommt. Wie die Vorgängerregierungen soll das Kabinett Tsipras die Enteignung und Pauperisierung der griechischen Unter- und Mittelschichten zugunsten der Gläubiger fortsetzen. Die damit einhergehende Isolierung und Ausschaltung des an der europäischen Peripherie aufgetauchten Hoffnungsträgers hat für die Spitzengremien der Eurozone und der Europäischen Union sowie die diese dominierende deutsche Vormacht Vorrang vor sozialen, humanitären und ökonomischen Erwägungen.

In dieser Situation ist es nötig, die deutschen Herrschaftseliten mit einem Programm zu konfrontieren, das an ihrer historisch-moralischen Verantwortung ansetzt und die bis heute ausgebliebene Sühneleistung für die im Zweiten Weltkrieg betriebene Ausplünderung und Zerstörung Griechenlands mit einer Starthilfe für den Wiederaufbau des im Verlauf der Weltwirtschaftskrise von 2008/09 und der folgenden Depressionsjahre ruinierten Landes verbindet.

Deutschland hat Griechenland im April 1941 überfallen und in den folgenden dreieinhalb Jahren der Besatzungsherrschaft brutal ausgeplündert. Die durch die Besatzungskosten herbeigeführte Hyperinflation hat im Winter 1941/42 den Hungertod von 100.000 Menschen zur Folge gehabt. Deutsche Militär- und Polizeieinheiten haben schreckliche

Massaker an der Zivilbevölkerung begangen und bei ihrem Rückzug den größten Teil der griechischen Handelsflotte sowie der Verkehrsinfrastruktur vernichtet. Griechenland sind deshalb 1946 auf der Pariser Reparationskonferenz Reparationsleistungen im Wert von 7,1 Milliarden US-Dollar zugesprochen worden. Dieser Betrag entspricht unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Geldentwertung und der aktuellen Wechselkurse einem Volumen von mindestens 90 Milliarden Euro.

Wir schlagen vor, diese Schulden durch den Transfer eines erheblichen Teils der Goldreserven der Deutschen Bundesbank zu begleichen. An die griechische Zentralbank sollten erstens Goldbarren im Wert von 7 Milliarden Euro zur Finanzierung des Not- und Soforthilfeprogramms der griechischen Regierung versandt werden. Eine zweite Goldlieferung im Gegenwert von 28 Milliarden Euro sollte dem Euro-Rettungsschirm zur Verfügung gestellt werden, um den deutschen Anteil an einer fünfzigprozentigen Abschreibung der griechischen Staatsschulden abzudecken. Eine dritte Goldlieferung im Wert von 25 Milliarden Euro sollte an die Europäische Investitionsbank (EIB) transferiert und von dieser als zinsfreies und nicht rückzahlbares Darlehen an eine neu zu gründende griechische Wiederaufbau-Kreditanstalt weitergeleitet werden, die anschließend ein Jobgarantie- und Wiederaufbauprogramm mit dreijähriger Laufzeit auflegen könnte. Schließlich sollte die Bundesbank weitere Goldbarren im Gegenwert von 8 Milliarden Euro verkaufen und den Erlös einem neu zu gründenden griechischen Entschädigungs- und Gedenkfonds zur Verfügung stellen. Aus diesem Fonds könnten dann die Nachkommen der Massaker- und Geiselmordopfer entschädigt, die lokalen Gedenkstätten ausgebaut und ein zentrales Forschungsinstitut zur Geschichte der Okkupation, des Widerstands und des Bürgerkriegs gegründet werden.

Den Restbetrag der deutschen Reparationsschuld – 22 Milliarden Euro – könnte die griechische Regierung schließlich an einen zu gründenden europäischen Reparations- und Entschädigungsfonds abtreten und für Not- hilfemaßnahmen zugunsten anderer EU-Mitgliedsländer sowie Opfergruppen zur Verfügung stellen, die ebenfalls noch offene Reparations- und Entschädigungsansprüche an Deutschland haben. Darüber hinaus sollten wir versuchen, einem Transfer weiterer Goldreserven im Gegenwert von 28 Milliarden Euro an diesen Reparations- und Entschädigungsfonds durchzusetzen. Damit wäre der Grundstock zur Einberufung einer abschließenden Reparations- und Entschädigungskonferenz gelegt, die im Rahmen einer den Zwei-plus-Vier-Vertrag ergänzenden abschließenden Reparations- und Entschädigungsakte einen Schlusstrich unter die Hypotheken des Zweiten Weltkriegs ziehen könnte.

Bei dieser einmaligen und zugleich abschließenden Reparations- und Entschädigungsinitiative sollten wir jedoch nicht stehenbleiben. Sie sollte vielmehr dazu genutzt werden, um der merkantilistischen Dominanz Deutschlands innerhalb der Europäischen Union entgegenzutreten und die durch sie extrem zugespitzten Ungleichgewichte zwischen den Überschuss- und Defizitländern der Europäischen Union bzw. der Euro-Zone aufzuheben.

Diese Forderungen wirken angesichts der aktuellen Machtverhältnisse unrealistisch und utopisch. Jedoch könnte ihre Umsetzung den überfälligen moralischen Schlusstrich unter die Hypotheken des Zweiten Weltkriegs mit den Handlungsoptionen eines post-keynesianischen Wirtschaftsprogramms verbinden.

Die Schwierigkeiten einer Durch- und Umsetzung dieses Vorschlags auf dem politischen Feld liegen auf der Hand. Die sich am Fall Griechenland zuspitzende Entwicklung ist jedoch derart bedrohlich, dass wir alle diejenigen, die ihre

Augen nicht vor den katastrophalen sozialen und humanitären Auswirkungen einer weitergeführten Austeritätspolitik verschließen, zu einer großen Anstrengung aufrufen. Lasst die gegenseitigen Abschottungen und die kleinteiligen Nischen der Ein-Punkt-Kampagnen hinter euch und stellt euch den Aufgaben, die die Rückkehr der Mehrheit der griechischen Bevölkerung zu Würde und Selbstachtung auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wir fordern die politischen Institutionen der Linken – Syriza, Podemos, die deutsche Linkspartei und die linken Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – auf, sich der europäischen Herausforderung zu stellen und gemeinsam mit den sozialen Basisbewegungen und außerparlamentarischen Gruppen und Organisation die Wende zu einem sozialen, demokratisch verfassten und die ökonomische Stagnation überwindenden Europa in die Wege zu leiten.